

abgetretener Vorsitzender. Er spielte in den Vorstandssitzungen keine Rolle mehr. Das Sagen hatte Götting. Nuschke war nur noch eine Galionsfigur.

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Meinen Dank an diejenigen, die die sehr wichtige Diskussion bestritten und die geantwortet haben, verbinde ich mit meinem Dank an diejenigen, die so geduldig gewartet haben.

Ich rufe jetzt als letzten Punkt der heutigen Tagesordnung drei weitere Vorträge auf:

1. *„Die Wandlung der SED 1946 bis 1950 am Beispiel Thüringens“*

Dr. Günter Braun: Der folgende Beitrag beschränkt sich im wesentlichen auf den Versuch, anhand weniger Beispiele aus der politischen Praxis der Thüringer SED das, was Professor Weber zur Entwicklung der Gesamtpartei vorgetragen hat, in einigen Punkten regionalhistorisch zu konkretisieren.

Daß die Entwicklungslinien der SED auf Zonen- und Länderebene in Grundzügen parallel verliefen, muß nicht besonders betont werden. In einem politisch-sozialen System, das zwar föderal gegliedert, aber frühzeitig von Einheitsstaatspostulaten überlagert war und seit 1947 einem beschleunigten Zentralisierungsprozeß unterlag, paßten sich alle nachgeordneten Partei- und Verbandsgliederungen ebenso an die von „oben“ vorgegebenen Formen und Inhalte der Politikgestaltung an wie der administrative Unterbau. Je nach regionalen bzw. lokalen Ausgangslagen, Rahmenbedingungen und Einflußfaktoren geschah dies freilich in unterschiedlicher Ausprägung und zuweilen auch ungleichzeitig.

Bevor ich mich den Spezifika der Thüringer Nachkriegsgeschichte und ihren Folgen für die SED-Entwicklung zuwende, sei wenigstens ein summarischer Hinweis auf Quellen, Literatur sowie Forschungsstand gegeben: Zur Verfügung standen die Protokolle der Sekretariatssitzungen des Landesvorstands Thüringen von 1946 bis 1950. Ausgewertet wurden ferner Überlieferungen des SED-Parteiorgans sowie Teile des Bestandes des Innenministeriums der Landesregierung Thüringen. Nur Aktensplitter sind von den Vorläuferorganisationen SPD und KPD – auf Thüringen bezogen – erhalten, wobei eine Vielzahl der SPD-Materialien im Westen seit langem durch den Nachlaß Hermann Brills zugänglich waren. Das ist ein wesentlicher Grund dafür, daß die unmittelbare Nachkriegsphase der Thüringer Landes- und Parteienpolitik schon vor der „Wende“ relativ gut erforscht werden konnte. Insbesondere Darstellungen von Manfred Overesch, Beatrix W. Bouvier, Frank Moraw und Helga A. Welsh weisen dies nach. Mit den nun verfügbaren Quellen zur thüringischen SED-Geschichte werden die bisherigen Forschungsergebnisse nicht hinfällig, aber doch in vielen Punkten ergänzt, bisweilen korrigiert, und sie sind vor

allem dichter zu belegen. Das gilt auch für die Auseinandersetzungen im thüringischen Machtzentrum in der SED sowie zwischen ihr und „bürgerlichen“ Kräften. Härter als in jedem anderen Land der SBZ wurde in Thüringen um den maßgeblichen politischen Einfluß gerungen: Keine andere Landesregierung verschleiß so viele Minister und andere hohe Staatsfunktionäre, und nirgendwo sonst war die Fluchtrate führender Landespolitiker dermaßen hoch. Selbst den amtierenden Regierungschef Rudolf Paul (SED) zog es im September 1947 in den Westen.

Diese Begleiterscheinungen der politischen Umwälzung, aber auch zahlreiche Parteiverfahren gegen oppositionelle Kommunisten schon seit 1947 und nicht zuletzt die im Zuge der Umbildung der SED in eine stalinistische Kaderpartei intensiviert Verfolgung sogenannter „illegaler Schumacher-Gruppen“ deuten an, daß in Thüringen eher ungünstige Bedingungen für den Erwerb und die Konsolidierung kommunistischer Macht herrschten.

Ursachen und Gründe für diesen konfliktreich verlaufenen Prozeß sind vor allem in den politischen Traditionslinien des Landes, seiner spezifischen Nachkriegssituation und seiner Grenzlage zu suchen. Es sei daran erinnert, daß die einstige Hochburg der Arbeiterbewegung Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre bis auf wenige Bastionen kräftig geschleift worden war und Thüringen sich bereits in den zwanziger Jahren zu einem besonderen Hort der völkisch-nationalen Bewegung zu entwickeln begann. Davon profitierten schließlich vor allem die Nazis. Bei Kriegsende lag der Anteil der NSDAP-Mitglieder in der thüringischen Staatsverwaltung bei überdurchschnittlichen 96 %, was die Entnazifizierung natürlich enorm erschwerte.

Negativ vorbelastet war – zumindest für die KPD-Führung – der politische Neubeginn in Thüringen auch durch die vorübergehende US-Besatzung des Landes. Sie verhinderte, daß hier eine Instrukteursgruppe des ZK der KPD initiativ werden und die kommunistische Politik vereinheitlichen konnte. Dies war dem Zentralkomitee aus zwei Gründen wünschenswert erschienen: Zum einen, weil der thüringischen KPD zu Weimarer Zeiten in der kominternkritischen KP-Opposition und dem Leninbund mancherorts eine starke Konkurrenz im eigenen Lager erwachsen war, was bei den SED-Säuberungen Ende der vierziger/Anfang der fünfziger Jahre häufig Nachspiele haben sollte; zum anderen aber auch deshalb, weil nach der Kapitulation durch die Aktivitäten der befreiten Buchenwaldhäftlinge eine personelle Konstellation entstanden war, in der politische Konzeptionen vermutet wurden und zum Teil auch virulent waren, die der Generallinie der Moskauer KP-Emigranten zuwiderliefen. Mit dem Wechsel der Besatzungsmacht verbesserte sich die Position der Berliner Führung in doppelter Hinsicht: Einerseits war das ZK der KPD nun in der Lage, seine Vertrauensleute im thüringischen KPD-Apparat zu etablieren und die Dominanz der „Buchenwalder“ abzubauen. Andererseits wurde der Einfluß des SPD-Führers Hermann Brill, der als Regierungspräsident mit

der amerikanischen Besatzungsmacht gut kooperiert hatte, aufgrund seiner Amtsenthebung durch die Sowjetische Militäradministration (SMA) Thüringen entscheidend geschwächt.

Dies wirkte sich auf die Situation der Sozialdemokraten insgesamt negativ aus, vor allem mit Blick auf ihre Aktions- und Reaktionsmöglichkeiten in der von den Kommunisten seit Herbst 1945 forcierten Vereinigungskampagne. Sie hatten zunächst zugunsten von Hermann Brills Option für eine Arbeitereinheitspartei namens „Bund Demokratischer Sozialisten“ auf eine rasche Reorganisation der traditionellen Parteistrukturen verzichtet. Brills Plan stieß jedoch auf heftigen Widerstand der SMAD; zu bilden war ein Landesverband der SPD, und dieser war kaum etabliert, da begann das heftige Vereinigungswerben der Kommunisten. Der Ausstieg des von den Sowjets bedrängten Vorsitzenden Brill, massiver Druck der SMA Thüringen und die dadurch in Vorhand gebrachten sozialdemokratischen Befürworter der Fusion – zu nennen ist vor allem der spätere SED-Vorsitzende Heinrich Hoffmann – bereiteten schließlich das Terrain für den Zusammenschluß vor. Sowohl im hauptamtlichen Parteiapparat der SED als auch in der Landesverwaltung waren ehemalige Sozialdemokraten in der Folgezeit relativ schwach vertreten.

Thüringens Liberal- und Christdemokraten konnten sich dagegen über ihre Regierungsbeteiligung nicht beklagen. Sie waren hier stärker als in anderen Landesexekutiven der SBZ repräsentiert. Um so massiver wurden sie indessen zwischen 1948 und 1950 aus ihren Ämtern gedrängt. Hierbei wurde die zeitgenössisch-dennunziatorische SED-Deutung des bürgerlichen Lagers, daß es die „Fortschrittlichen“ zu unterstützen und die „Reaktionäre“ zu schlagen gelte, insbesondere von den CDU- und LDP-Repräsentanten August Bach und Dr. Hans Loch auch noch bestätigt. Insbesondere Hans Loch, ab 1951 Vorsitzender der LDPD, bescheinigte die Kaderabteilung des SED-Landesvorstands 1949 eine „positive Einstellung zur SU“ und einen „fortschrittlichen Standpunkt“, den er „grundsätzlich gegen reaktionäre Kräfte in der LDP“ vertrete. Schon 1948 traf die SED-Landesspitze vor Blocksitzungen in Thüringen mit Loch Absprachen und wurde auch auf diese Weise befähigt, die Liberaldemokraten zu neutralisieren.

Auf der langen Liste der Thüringer Besonderheiten steht schließlich die Tatsache, daß das Land die längste Grenze zum Westen Deutschlands zu „verteidigen“ hatte und ein Teil seiner Kreise in der Grenzregion überdies stark katholisch geprägt war. Die hieraus resultierenden Probleme für die Durchsetzung des kommunistischen Herrschaftsanspruchs sollten nicht unterschätzt werden. Noch 1950 beschrieb der SED-Kreissekretär von Heiligenstadt die schwierige Lage seiner Partei in einer Sekretariatssitzung der SED-Landesleitung mit den Worten: „Im Eichsfeld herrscht die Reaktion.“

Mehr als 6.000 organisierten Christdemokraten standen dort lediglich 3.000 Einheitssozialisten gegenüber. Was jedoch schwerer wog, war der Einfluß „der

Pfarrer von den Kanzeln“. In immerhin 19 von 92 Gemeinden des Landkreises Worbis stimmten jeweils mehr als 10% - zum Teil bis zu 30% - der Wähler bei der Einheitslistenabstimmung im Oktober 1950 gegen die Kandidaten der Nationalen Front. Folgt man einem jüngst erschienen Aufsatz, so ist es der SED im Eichsfeld nie gelungen, die Milieuschranken des Katholizismus völlig zu durchbrechen.

Mehr als durch Besonderheiten war natürlich auch das Handeln der Thüringer Kommunisten durch die übergreifenden Zusammenhänge der SBZ-Entwicklung, ihren Bezug zur internationalen Politik und zu den deutschlandpolitischen Kalkülen der Sowjetunion bestimmt. Wie stark diese Rahmenbedingungen wirkten, soll an einer Episode aus der SED-Geschichte des Jahres 1947 verdeutlicht werden, in der sowohl die Bedeutung der Besatzungsmacht und der Einfluß der Berliner Parteizentrale als auch Momente der sowjetischen Deutschlandpolitik schlaglichtartig aufscheinen. Ihr Gegenstand ist eine Regierungsumbildung in Weimar. Die politische Konstellation war dort seit langem durch das konfliktreiche Verhältnis der SED zu dem habituell wie politisch eher liberalen Ministerpräsidenten Rudolf Paul belastet gewesen. Gestützt vor allem auf sein gutes Verhältnis zu den SMAD-Oberen, aber auch auf seinen überraschenden Eintritt in die SED bei deren Entstehen, hatte er sich eine gewisse Unabhängigkeit im Ministerpräsidentenamt bewahren können. Im Frühjahr 1947 dennoch amtsmüde geworden, reichte er seinen Rücktritt ein, der jedoch nach Absprache mit Garde-Generalmajor Kolesnitschenko, dem Thüringer Chef der Sowjetischen Militärverwaltung, bis zur Moskauer Außenministerkonferenz der Siegermächte vom 10. März bis 24. April 1947 verschoben wurde. Paul meldete sich krank.

Um einen politisch einflußreichen SED-Mann im Kabinett zu plazieren, wurde der Thüringer SED-Vorsitzende Werner Eggerath, ehemals KPD, per Landesgesetz zum Interimspräsidenten bestellt. Wahrscheinlich – diesen Schluß legen jedenfalls die Quellen nahe – waren er und seine Vorstandskollegen der Meinung, damit ihr „Regierungsproblem“ gelöst zu haben. Doch das sah die SMAD anders. Statt den Wechsel formal zu vollziehen, verbot sie nach Abschluß der Moskauer Konferenz den „Rücktritt des Ministerpräsidenten oder irgendeines Präsidenten in unserer Zone“. So übermittelte jedenfalls Otto Grotewohl den am 29. April 1947 nach Berlin beorderten Thüringer SED-Führern eine Direktive Marschall Sokolowskis. Er verlangte, daß Paul seine Funktion wieder aufnehmen müsse, außerdem politische Hilfestellung von Eggerath als neuem Innenminister erhalten solle, der Ernst Busse, einen Exponenten der „Buchenwalder Kommunisten“, zu ersetzen habe. Darüber hinaus wurden sie angewiesen, den Volksbildungsminister auszuwechseln. Der bisherige Amtsinhaber Walter Wolf, so die Begründung der SED-Spitze, habe als ehemaliger Kommunist zum Ausgleich sozialdemokratischer Paritätsdefi-

zite in der Thüringer Ministerriege jemandem aus der ehemaligen SPD Platz zu machen.

Beide Weisungen erschienen angesichts des damals intensiven Vormachtstrebens der Kommunisten in der SED wie in den Landesexekutiven als unzeitgemäß, und erst nach dem zweiten Blick läßt sich der vermeintliche Widerspruch auflösen. Sie waren offenkundig Element der komplizierten deutschlandpolitischen Erwägungen, die in der Sowjetunion im Umfeld des Außenministertreffens in Moskau angestellt wurden. Welche Reichweite sie letztlich hatten, wird sich wohl erst bestimmen lassen, wenn die einschlägigen Moskauer Akten eingesehen werden können. Erkennbar aber wird immerhin, daß Stalin eine interalliierte Verständigung über Deutschland in näherer Zukunft nicht grundsätzlich ausschloß und die Moskauer Deutschlandpolitiker deshalb gehalten waren, sich auf diesen Fall vorzubereiten.

Eine wohl nicht unwesentliche Rolle spielte hierbei die Frage, was getan bzw. verändert werden müsse, um bis zu einem eventuellen Konsens der Siegermächte die Kontrolle über das eigene Besatzungsgebiet zu gewährleisten und zugleich den politischen Einfluß im Westen Deutschlands zu erhöhen. Als eine Voraussetzung dafür wurde die Bildung einer gesamtdeutschen SED gesehen und quasi als Gegenleistung die legale Existenz der SPD im Osten Deutschlands in Rechnung gestellt. Darauf galt es sich vorzubereiten. Als geeignetes Mittel gegen eine positive Resonanz auf das Wiedererstehen der Sozialdemokratie erschienen das demonstrative Unterstreichen der 1946 für die Einheitspartei verabredeten paritätischen Besetzung aller relevanten Parteipositionen, das demonstrative Berücksichtigen aller Sozialdemokraten sowie die Zurückhaltung von früheren Kommunisten bei der Vergabe von Regierungsämtern – also der Nachweis, daß für eine SPD in der SBZ eigentlich gar kein Bedarf vorhanden sei.

Diese Taktik wurde aber offenbar nur bis Mitte Mai 1947 verfolgt und schließlich aufgegeben, weil die Versuche, in den Westzonen zur Einheitspartei zu gelangen, am Anfang dieses Monats einen empfindlichen Dämpfer erhalten hatten. Nach der französischen und der britischen verbot auch die amerikanische Militärverwaltung die von ihr bis dahin geduldete öffentliche Tätigkeit der „Arbeitsgemeinschaft KPD-SED“. Zwar hielt die SMAD ihr Kompensationsangebot weiterhin aufrecht, doch dies blieb im Westen und im Alliierten Kontrollrat ohne positives Echo.

Die befohlene Ablösung von Walter Wolf und Ernst Busse – er wurde 1950 unter falschen Anschuldigungen verhaftet und kam 1953 im Lager Workuta ums Leben – blieb im Sekretariat des SED-Landesvorstands Thüringen nicht unwidersprochen. Vor allem die früheren Sozialdemokraten staunten über die Selbstverständlichkeit, mit der sich die Berliner Parteizentrale das Recht nahm, der Thüringer Landesleitung Entscheidungen vorzugeben, die nach deren Selbstverständnis eindeutig in ihre Kompetenzen gehörten. Doch in beiden

Fällen drängte die SED-Spitze auf raschen Vollzug – hier noch mit einem Verweis auf die Order der Besatzungsmacht, bald aber unter Berufung auf den „demokratischen Zentralismus“.

In welchem Maße und auf welche Weise die SMAD auch auf den Umbau der SED in eine stalinistische Partei direkt einwirkte, soll ebenfalls an einem Beispiel demonstriert werden: Es handelt von der Auflösung des SED-Kreisvorstands Altenburg im April 1949 und der Maßregelung des Zweiten SED-Landesvorsitzenden Kurt Lessig (ehemals KPD). Sowohl er als auch einige Mitglieder der Altenburger SED-Leitung waren gegen einzelne, vorwiegend personalpolitische Entscheidungen der Besatzungsmacht aufgetreten, verlangten ein Selbstbestimmungsrecht in kommunalpolitischen Belangen und betonten die deutschen Parteitraditionen der KPD.

Am 26. März 1949 wurden deshalb der SED-Landesvorsitzende Hoffmann und Ministerpräsident Eggerath zu Gardegeneralmajor Kolesnitschenko bestellt. In Gegenwart des Chefs der SMA-Abteilung Information und des Dolmetscherleutnants überreichte er ihnen zunächst „ein umfangreiches Schriftstück“ in russischer Sprache, das sich auf Minister Dr. Georg Appell (SPD/SED) bezog. Eggerath erhielt den Auftrag, es „diskret“ übersetzen zu lassen und „zum Gegenstand einer Beratung“ im Landessekretariat der SED zu machen. Mit anderen Worten: Appell wurde abgesetzt. Dann empfahl Kolesnitschenko, das Mitglied der NDPD Dr. Walter König „im Range eines Ministerialrats in das Ministerium für Volksbildung einzugliedern“, was ebenso umgehend erledigt wurde. Nachdem er die Genossen noch über weitere „Aufdeckungen von Agenten des Ostbüros der SPD und anderer Spionagezentralen“ informiert hatte, kam der General zu seinem wichtigsten Anliegen: Sie betrafen das politische Verhalten des SED-Kreisvorstands Altenburg und von Kurt Lessig. Ihnen wurde vorgeworfen, „kein Verständnis für das Prinzip des demokratischen Zentralismus“ aufzubringen und eine „offene Abneigung gegen sowjetische Offiziere“ zu zeigen, also Verhaltensweisen, so das Verdikt Kolesnitschenkos, die auf eine „sowjetfeindliche und nationalistische Einstellung schließen lassen.“ Die sowjetische Militärverwaltung könne diesen Zustand „nicht mehr länger tatenlos hinnehmen.“ Eggerath und Hoffmann sollten mit dem Politbüro der SED den ganzen Sachverhalt klären.

Nachdem Walter Ulbricht am Rande einer Vollversammlung der Deutschen Wirtschaftskommission informiert worden war und daraufhin selbst den SMA-Chef Thüringens konsultiert hatte, beriet am 7. April 1949 das Politbüro über den Fall. Lessig, so wurde beschlossen, sollte zu den Vorwürfen schriftlich Stellung nehmen und nach dem Willen von Ulbricht als Schüler in den laufenden Kursus an der Parteihochschule eingegliedert werden. Das Kleine Sekretariat der Thüringer Landesorganisation wurde angewiesen, selbstkritisch über seine mangelhafte politische Arbeit Gericht zu halten. Dieser Prozedur mußten sich am 5. April 1949 zunächst die Altenburger Sekretariatsmitglieder

unterziehen. Im Weimarer Parteihaus erhielten sie eine Lektion über die „führende Rolle der KPdSU im Kampf der deutschen Arbeiterklasse.“ Es habe den Anschein, „daß sie manchmal sehr selbstbewußt Entscheidungen fällen.“ Statt dessen müßten sie einsehen, daß „das Verhältnis zu den Kommandanturen (...) und zu den einzelnen Offizieren (...) sich wesentlich gewandelt“ hat. „Wir müssen klar erkennen“, argumentierte Innenminister Willy Gebhardt (KPD/SED), „daß die russischen Genossen uns durch ihre Erfahrung weitaus überlegen sind, auch wenn es sich um junge Offiziere handelt.“ Die in Altenburg geübte „Selbstherrlichkeit“ bedeute „eine große Gefahr des Abrutschens in den Opportunismus.“

Dieses Delikt und Nachforschungen, die von der Zentralen Parteikontrollkommission bei „intensiver Mitarbeit durch eine Kommission der Freunde“ in Altenburg vorgenommen worden waren, führten letztlich zur Auflösung des Kreisvorstandes, zum Parteiausschluß ihres Vorsitzenden durch das Politbüro und zu einer breiten innerparteilichen Kampagne gegen „nationalistische Abweichungen“ und „Opportunismus“.

Zusammenfassend zeigt sich mithin folgendes:

- Auch in Thüringen vollzieht sich die Vereinigung von KPD und SPD unter Druck und Zwang der Besatzungsmacht gegenüber einer keineswegs politisch homogenen SPD.
- Auch in Thüringen gelingt es der SED sehr früh, die Blockparteien für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, nicht zuletzt dank der Mitwirkung von sogenannten „fortschrittlichen“ Kräften aus CDU und LDP.
- Auch in Thüringen hat die SED in allen wesentlichen Fragen kaum eine Chance, sich gegen Entscheidungen der Sowjetischen Militäradministration durchzusetzen.
- Auch in Thüringen wird der hier nicht besonders thematisierte Prozeß der Transformation der SED in eine bolschewistische Kaderpartei eingeleitet durch das Hinaussäubern von Parteimitgliedern. Davon betroffen sind vor allem diejenigen mit noch virulentem sozialdemokratischem Hintergrund, aber auch Kommunisten, die im Verdacht stehen, wie in den dreißiger Jahren eigenständig und selbstbewußt zu handeln.

2. „Die Rolle des Kulturbundes 1945 bis 1950“

Dr. Magdalena Heider: Der Verband, über den hier kurz zu berichten sein wird, gehört zur Gruppe der Massenorganisationen. Stark vereinfacht lassen sie sich als Verbände charakterisieren, die – zumeist ab 1948/49 unter strikter politischer und personeller Kontrolle der SED – arbeitsteilig als Transmissionen zwischen dem politisch-ideologischen Zentrum und so-